

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> . . . . .	XVII
<b>1. Kapitel Einleitung</b> . . . . .	1
<b>2. Kapitel Die Handwerkskammer als Träger funktionaler Selbstverwaltung im staatlichen Gefüge und ihre Aufgaben</b> . . . . .	5
I. Rechtliche Stellung der Handwerkskammer . . . . .	6
1. Errichtung einer Handwerkskammer . . . . .	7
a) Konstitutive Merkmale . . . . .	8
b) Verfassungsrechtliche Maßgaben . . . . .	10
2. Verortung der Handwerkskammer im staatlichen Verwaltungsaufbau . . . . .	12
a) Die Handwerkskammer als Teil der öffentlichen Verwaltung . . . . .	12
b) Einordnung in die mittelbare Staatsverwaltung . . . . .	16
II. Funktionen der Selbstverwaltung in der freiheitlichen Demokratie . . . . .	18
1. Betroffenenpartizipation . . . . .	19
2. Integration gesellschaftlicher Interessen . . . . .	20
3. Disziplinierung . . . . .	20
4. Dezentralisierung . . . . .	21
5. Staatsentlastung . . . . .	22
III. Aufgabenbereiche der Handwerkskammer . . . . .	22
1. Eigener Wirkungskreis (Selbstverwaltungsaufgaben) . . . . .	24
a) Pflichtaufgaben . . . . .	26
b) Freiwillige Aufgaben . . . . .	29
2. Übertragener Wirkungskreis (Auftragsangelegenheiten) . . . . .	30
IV. Selbstständigkeit und Eigenverantwortlichkeit . . . . .	31
1. Gestaltungsspielräume . . . . .	32
2. Aufgabenfindungsrecht . . . . .	35
V. Grenzen der Aufgabenausgestaltung . . . . .	35
1. Verbandskompetenz . . . . .	36
a) Sachliche Komponente . . . . .	36

XIII

b)	Personelle Komponente . . . . .	36
c)	Territoriale Komponente . . . . .	37
2.	Verfassungsrechtliche Grundsätze . . . . .	37
3.	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit . . . . .	38
4.	Neutralitätsgebot . . . . .	38
5.	Aufsichtsrecht . . . . .	39
<b>3. Kapitel</b>	<b>Einordnung der funktionalen Selbstverwaltung in das Modell der Neuen Verwaltungsrechtswissenschaft . . . . .</b>	<b>41</b>
I.	Ursachen und Anlass der methodischen Neuausrichtung . . . . .	42
1.	Ansatz des New Public Managements . . . . .	44
2.	Das Neue Steuerungsmodell und die wirkungsorientierte Verwaltungsführung . . . . .	45
II.	Verwaltungswissenschaft als Steuerungswissenschaft . . . . .	47
1.	Handlungsorientierter Steuerungsbegriff . . . . .	49
2.	Handlungstheoretische Perspektive des Steuerungsakteurs . . . . .	50
3.	Das Steuerungsmedium Recht . . . . .	51
4.	Verwaltungsorganisation als Steuerungsressource . . . . .	53
	a) Verwaltungsorganisation als Teil der organisierten Staatlichkeit . . . . .	54
	b) Steuerung durch die Verwaltungsorganisation . . . . .	54
	c) Selbststeuerungspotenzial der Selbstverwaltung . . . . .	56
	d) Steuerungsleistung der Selbstverwaltung . . . . .	57
	aa) Dezentralisierungskonzept . . . . .	57
	bb) Verzahnung von Staat und Gesellschaft . . . . .	59
	cc) Disziplinierungsinstrument . . . . .	60
	dd) Betroffenenpartizipation . . . . .	61
	ee) Methode der Integration gesellschaftlicher Interessen in die Staatsorganisation . . . . .	62
	ff) Staatsentlastung . . . . .	62
	e) Steuerung der funktionalen Selbstverwaltung . . . . .	63
III.	Die Aufgabendelegation als Steuerungsmittel . . . . .	64
1.	Dezentralisierungsbestrebungen . . . . .	65
	a) Erscheinungsformen der Dezentralisation . . . . .	65
	b) Verteilung der Steuerungskompetenzen . . . . .	68

c) Beurteilung der Dezentralisation anhand von klassischen Maßstäben des Verwaltungshandelns . . . . .	70
2. Deregulierungsbestrebungen und Effektivitätssteigerung . . . . .	71
a) Deregulierung . . . . .	72
b) Effektivitäts- und Effizienzsteigerung . . . . .	72
IV. Wirtschaftsverwaltungsrecht als Lenkungsrecht . . . . .	75
1. Zielsetzung und Instrumente der Wirtschaftslenkung . . . . .	76
2. Wirtschaftsförderung . . . . .	77
3. Wirtschaftliche Betätigung der Handwerkskammer . . . . .	79
a) Wirtschaftstätigkeit als zulässige Betätigung . . . . .	80
b) Formen zulässiger Wirtschaftstätigkeit . . . . .	81
c) Grenzen der Wirtschaftstätigkeit . . . . .	82
aa) Verbandskompetenz . . . . .	82
aaa) Sachliche Komponente . . . . .	83
bbb) Personelle Komponente . . . . .	83
ccc) Territoriale Komponente . . . . .	84
bb) Wirtschaftliche Tätigkeit von privaten Konkurrenten . . . . .	86
aaa) Verbot des Verdrängungswettbewerbs . . . . .	87
bbb) Allgemeines mitgliedschaftliches Rücksichtnahmegerbot . . . . .	88
cc) Vorgaben des allgemeinen Wettbewerbsrecht . . . . .	89
aaa) Missbrauch der hoheitlichen Stellung . . . . .	90
bbb) Preisunterbietung . . . . .	90
ccc) Verquickung öffentlicher und erwerbswirtschaftlicher Tätigkeiten . . . . .	91
ddd) Marktstörung . . . . .	91
dd) Anforderungen des Vergaberechts . . . . .	92
aaa) Auftragsvergabe unterhalb des Schwellenwertes . . . . .	93
bbb) Auftragsvergabe oberhalb des Schwellenwertes . . . . .	94
4. Wirtschaftsüberwachung . . . . .	99
4. Kapitel Rechtliche Anforderungen an die Aufgabendellegation . . . . .	101

I.	<b>Verfassungsrechtliche Delegationsanforderungen</b>	102
1.	1. <b>Absolutes Delegationsverbot: Genuine Staatsaufgaben</b>	103
	a) Die Staatsaufgaben in der wissenschaftlichen Diskussion	103
	b) Begriff und Definition der genuinen Staatsaufgaben	106
2.	2. <b>Relative Delegationsverbote</b>	107
	a) Wahrnehmung legitimer öffentlicher Aufgaben	107
	aa) Begriff der öffentlichen Aufgabe	108
	aaa) Öffentliche Aufgaben als Aufgaben, mit denen sich der Staat befasst	111
	bbb) Öffentliche Aufgaben als von nichtstaatlichen Trägern erfüllte Aufgaben	112
	ccc) Öffentliche Aufgaben als Aufgaben von öffentlichem Interesse	112
	bb) Qualifizierung einer Aufgabe als öffentliche Aufgabe	114
	cc) Legitimität einer öffentlichen Aufgabe	115
	aaa) Der Begriff der legitimen öffentlichen Aufgabe	116
	bbb) Legitime öffentliche Aufgaben eines funktionalen Selbstverwaltungsträgers	119
	dd) Zusammenfassung und Arbeitsdefinition	121
	b) Sonstige verfassungsrechtliche Anforderungen	121
II.	<b>Europarechtliche Anforderungen an die Aufgabendelegation</b>	123
5.	<b>Kapitel Erweiterungen des Aufgabenbereichs der Handwerkskammer an Beispielen</b>	127
I.	Modalitäten der Erweiterung des Aufgabenbereichs	127
	1. Vorliegen einer legitimen öffentlichen Aufgabe	129
	2. Positive Indikatoren der Delegierbarkeit	130
II.	Das Modell der One-Stop-Agency	131
	1. One-Stop-Shop der Handwerkskammern	132
	2. Das rheinland-pfälzische Landesgesetz über die Beleihung der Handwerkskammern mit Aufgaben nach der Gewerbeordnung	132
	a) Rechtliche Grundlage des Rechtsinstituts der Beleihung	133

aa) Juristische Personen des öffentlichen Rechts als potenzielle Beleihungssadressaten . . . . .	135
bb) Rechtsstellung des Beliehenen . . . . .	138
b) Rechtsfolgen der Wahl des falschen Rechtsinstituts . . . . .	142
aa) Formenmissbrauch durch die Wahl des Rechts- instituts . . . . .	142
bb) Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen die Gesetzgebungskompetenz . . . . .	143
cc) Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen das Rechts- staatsprinzip . . . . .	145
3. Bewertung der Übertragung des § 14 GewO auf die Handwerkskammer . . . . .	146
a) Legitime öffentliche Aufgabe . . . . .	147
b) Wirkungsorientierte Verwaltungsführung . . . . .	148
<b>III. Die Handwerkskammer</b> als Einheitlicher Ansprechpartner . . . . .	148
1. Rechtliche Grundlagen . . . . .	149
2. Legitime öffentliche Aufgabe . . . . .	151
3. Umsetzung und ihre Bewertung . . . . .	152
<b>IV. Mitwirkung bei staatlicher Handwerksförderung . . . . .</b>	154
1. Wirkungsorientierte Verwaltungsführung . . . . .	154
2. Legitime öffentliche Aufgabe . . . . .	155
<b>6. Kapitel Schlussbetrachtung . . . . .</b>	157
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	159